

Polizei- und Grenzdrohnen

Redebeitrag von Matthias Monroy zum Einsatz unbemannter Systeme im Innern und an den EU-Außengrenzen anlässlich der Kundgebung gegen die Verkaufsmesse „General Police Equipment Exhibition & Conference“ (GPEC) am 31. Mai auf dem Frankfurter Messegelände

Vor rund 15 Jahren haben Bundes- und Landespolizeien mit der Beschaffung von kleinen Drohnen begonnen. Damals wie heute dominieren fliegende Kameras, also senkrecht startende Quadrocopter die mit optischen oder infrarotbasierten Sensoren ausgestattet sind. Lange Jahre war ihre Nutzung durch eine geringe Zuladung beschränkt, Einsätze erfolgten vor allem zur Dokumentation von Tatorten oder Verkehrsunfällen. Nur in Sachsen flogen sie auch bei Demonstrationen, Fußballspielen oder einem linken (Fussball-)Vereinsfest.

Seit der Kommerzialisierung von Drohnen für professionelle Zwecke mit einem schnell wachsenden Freizeitmarkt ergeben sich auch für die Polizei neue Anwendungsgebiete. Diese Entwicklung wurde auch durch die Neufassung der Luftverkehrsordnung vor zehn Jahren begünstigt, die unbemannte Luftfahrzeuge als neue Kategorie einführte.

Bis auf Thüringen und Bremen setzen laut einer Übersicht der Informationsstelle Militarisierung alle deutschen Bundesländer heute Polizeidrohnen ein. Bei den Blaulichtorganisationen dominiert wie im Elektronikmarkt der chinesische Hersteller DJI. In der Pandemie wurde mit den Geräten für die Durchsetzung von Corona-Auflagen gesorgt, in Freiburg rückte das SEK mit einer Lautsprecherdrohne zu einer Häuserräumung an. Als erstes Bundesland startet Nordrhein-Westfalen jetzt ein Großprojekt mit insgesamt 106 Quadrocoptern, darunter auch für die Bereitschaftspolizei.



Fortgeschrittener ist der Drohneinsatz indes zur Migrationsabwehr. 2016 hat die Europäische Union die Verordnung für Frontex derart geändert, dass die Grenzagentur nunmehr eigene Ausrüstung anschaffen darf. Frontex investierte sofort in das Leasing von Luftüberwachungssystemen. Ein anfangs bemannter Flugdienst wird mittlerweile durch Drohnen mit deutlich längerer Ausdauer erweitert. Dabei handelt es sich um für das Militär entwickelte, große und schwere Drohnen. An den Außengrenzen schaffen sie neue Absatzmärkte für die europäische, US-amerikanische und israelische Rüstungsindustrie. Insgesamt hat die Europäische Union für diese die Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Drohnen bis heute weit über eine Milliarde Euro ausgegeben.

Im Inland dürfen große Langstreckendrohnen nur mit einer besonderen Erlaubnis fliegen, diese Anträge sind derzeit noch kompliziert. In wenigen Jahren sollen sie jedoch der zivilen Luftfahrt gleichgestellt werden, dann müssen sie nicht mehr in gesperrten Lufträumen fliegen. Deshalb ist es kein Wunder, dass sich das Mittelmeer zu einer Teststrecke für die Überwachung mit Drohnen entwickelt hat. Wieder wird an Geflüchteten ausprobiert, was – wie etwa in den



USA – in einigen Jahren auch in Europa zu erwarten ist. Eine derart militarisierte Luftüberwachung sorgt für neue Menschenrechtsverletzungen. Anstatt etwa Geflüchtete auf seeuntüchtigen Booten zu retten, informiert Frontex Behörden in Tunesien oder Libyen über deren Standorte – mit dem Ziel, dass die Betroffenen in die genannten Länder zurückgeholt werden.

Wir müssen also in den kommenden Jahren mit deutlich mehr Einsätzen von kleinen, mittelgroßen und sehr großen Drohnen zur Überwachung rechnen. Die jahrzehntelangen Kämpfe gegen Videokameras im öffentlichen Raum erhalten dadurch eine neue Dimension. Unbemannte Systeme werden zunehmend automatisiert, das wird sich auch auf die Nutzung im Innern auswirken. Drohnen mit Pfefferspray, Tränengas, Elektroschockgeräten, Flash-Ball-Pistolen oder „Sound-Kanonen“ bleiben zwar bislang noch Polizeiphantasien – obwohl daran in anderen Ländern schon geforscht wird. Trotzdem gibt es ausreichend Gründe, der Polizei und der Rüstungsindustrie ihre Drohnenmacht streitig zu machen. Darüber informieren wir [am 2. Juni in der Veranstaltung um 19 Uhr im KOZ](#).